



Zeit für Tobin-Steuer

Christian Felber über die Möglichkeit für eine neue globale Finanzarchitektur

Im Jahr 1998 schrumpfte die Wirtschaft im „Tigerstaat“ Südkorea um 6,7 Prozent, in Thailand um 10,8 Prozent und in Indonesien sogar um 13,1 Prozent. Dutzende Millionen Menschen verloren ihren Arbeitsplatz und rutschen unter die Armutsgrenze. Noch im Sommer 1997 hatte der Internationale Währungsfonds den südostasiatischen Staaten beste wirtschaftliche Gesundheit attestiert: Stabiles Wachstum, hohe Sparquoten, niedrige Inflation. Kurz darauf brach die Krise aus. Der „wichtigste Einzelfaktor“ laut Wirtschaft-Nobelpreisträger Joseph Stiglitz: die Liberalisierung des Kapitalverkehrs in die „Hoffungsmärkte“: Kurzfristiges Anlagekapital aus Europa, den USA und Japan war flutartig in die Region geflossen. So schnell die Flut kam, zog sie sich zurück und riss in ihrem Sog gesunde Volksökonomien in den Abgrund. Die Investoren aus dem Norden kamen heil davon, die Menschen vor Ort trugen die Kosten.

Auf den Devisenmärkten erfüllen nur noch drei Prozent aller Transaktionen (Tausch von einer Währung in die andere) ihre eigentliche Funktion: die Finanzierung von Handel und Investitionen. 97 Prozent aller Transaktionen sind rein spekulativ. Millionen-Dollar-Pakete gehen innerhalb weniger Minuten in eine Währung hinein und wieder heraus, mit einer Marge von oft nur 0,01 Prozent. Bei zehn Millionen Dollar Einsatz sind das aber 1000 Dollar Gewinn.

Schon eine Steuer in der Höhe von 0,1% würde ausreichen, um den Großteil der Spekulation zu neutralisieren – ohne den realen Handel mit Gütern und Dienstleistungen zu beeinträchtigen. Ökonomenobelpreisträger James Tobin schlug die „Devisentransaktionssteuer“ 1972 vor, als das System fixer Wechselkurse zusammenbrach und Spekulanten damit begannen, auf fallende oder steigende Währungen zu setzen. Durch das „Herdenverhalten“ der Investoren begannen die Wechselkurse wild zu schwanken, seit den neunziger Jahren kommt es regelmäßig zu schweren Finanzkrisen: Mexiko, Südostasien, Russland, Brasilien, Argentinien.

Die Tobinsteuer würde nicht nur Ruhe in die globalen Finanzmärkte bringen, sondern auch ein stattliches Körbergeld für die globale Armutsbekämpfung bereitstellen: nach Schätzungen der UNO zwischen 50 und 300 Milliarden Dollar pro Jahr – bis zum Sechsfachen der weltweiten Entwicklungshilfe, womit die schlimmste Armut getilgt werden könnte.

An der technischen Machbarkeit der Tobinsteuer zweifelt heute niemand mehr, ihre Gegner verweisen auf die angeblich nötige weltweite Einführung. Nobelpreisträger Stiglitz hält dem entgegen, die EU könne getrost den Anfang machen. Agrarkommissar Franz Fischler hat sich dieser Ansicht angeschlossen. Auch das französische und das belgische Parlament wollen die Steuer. Die

bevorstehenden Wahlen bieten zukünftigen EU-Parlamentariern eine günstige Gelegenheit, sich für eine neue globale Finanzarchitektur stark zu machen. Die Tobinsteuer wäre ein erster tragender Baustein.

Erschienen im „Kurier“ am 30. April 2004